

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimaliger
Zustellung 1.10 Mark, vierteljährlich
3.30 Mark, durch die Post 3.25 Mark
ausschließlich Zustellungsgebühren. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im amtlichen
Zeitungsausschuss unter
Einschaltung eingetragener, für un-
verändert eingegangener Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Genehmigung
„Einschaltung“ gestattet.
Gegen die Geschäftsleitung Nr. 1140,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Bezugs-Abteilung Nr. 1135,
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Morgen-Ausgabe.

Zeitung

Einundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 66spaltige Kolonnenzeile
oder deren Raum mit 30 Pf. berech-
net und in meisten Annahmestellen
und allen Anzeigen-Büros an-
genommen. Bekannt die Seite 1 Mill.
Schluss der Anzeigen-Aufnahme
sonntags 11 Uhr, für die Sonntags-
nummer abends 6 Uhr. Abbestellungen
von Anzeigenaufträgen, samt
solche zeitlich sind, müssen schriftlich
erfolgen. Erfüllungsort: Halle a. S.
Ersteinst täglich zweimal
Sonntags einmal
Schließung und Haupt-Verkehrs-
stelle: Halle, Dr. Hausmannstraße 17.
Haben-Geschäftsstelle Markt Nr. 24.

Nr. 227.

Halle, Mittwoch, den 16. Mai

1917.

Der Kanzler über den Frieden.

Eine schwere Niederlage der Italiener — Angriffe auf über 30 Kilometer Frontbreite abgeschlagen — Bei San Gabriele Flucht in voller Auflösung, bei Faïti Hrib Verfolgung bis in die Stellungen der Italiener — 1600 Mann Gefangene.

Gegen Verzicht und Entsaugung und gegen die übertriebenen Annexionsforderungen.

Berlin, 15. Mai 1917.
Die Erklärungen des Reichstagspräsidenten sind überflüssig. Das
Zentrale aber konzentriert sich ausschließlich auf die Kriegs-
ziel-Interpellationen. Der Kanzler sprach warm und mit
einer von großer Aufrichtigkeit getragenen Sachlichkeit.
Nach der Begründung der konservativen und sozial-
demokratischen Interpellation, die wir an anderer Stelle
wiederbringen, führte

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg

aus: Die beiden begründeten beiden Interpellationen ver-
langen von mir eine programmatische Erklärung zu
der Frage unserer Kriegsziele. Die Abgabe
einer solchen Erklärung im gegenwärtigen Augenblick würde
dem Interesse des Vaterlandes nicht dienen. (Zurück-
sichtlich.) Deshalb wird ich sie ablehnen. (Beifall in der
Mitte.) Seit dem Winter 1914/15 werde ich bald von der
einen, bald von der anderen Seite gedrängt, unsere Kriegs-
ziele womöglich bis in die Einzelheiten hinein darzulegen.
Ich muß zum Reden zu spät kommen, ist notwendig, mein
Schweigen zu den Kriegzielprogrammen einzelner Parteien
oder Richtungen als Zustimmung auszuliegen. Dagegen
mich ich erneut entschiedenen Widerpruch einlegen. Bei Frei-
gabe der öffentlichen Erörterung der Kriegsziele habe ich
ausdrücklich erklärt lassen, daß ich
die Regierung an dem Meinungskreis nicht
beteiligen

würde und nicht beteiligen werde, und Verwahrung da-
gegen eingelegt, daß aus dieser Nichtbeteiligung irgend-
welche sachlichen Schlüsse gezogen würden. Diese
Verwahrung wiederhole ich in der bündigsten Form. Was
ich über unsere Kriegsziele habe jemals sagen können, habe
ich hier im Reichstag vor aller Öffentlichkeit zu veröffent-
lichen und haben gesagt. Allgemeine Grundlinien sind es gewesen,
und es konnte auch nicht mehr sein. Es haben waren sie
deutlich genug, um die Identifizierung mit anderen Pro-
grammen, wie sie versucht worden ist, auszuschließen.

Ich habe die Grundlinien da auf den heutigen Tag festgehalten

und ich habe in dem mit mehreren Verbündeten gemein-
samem Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 einen
weiteren Ausdruck gefunden. Die neuerdings wieder aufge-
tauchte Annahme, als beständen in der Friedensange-
legenheit Meinungsverschiedenheiten zwischen
uns und unseren Verbündeten gehört in das Gebiet
der Fabel. (Beifall.) Ich stelle das hierdurch aus-
drücklich und in der Gewißheit fest, damit auch die Über-
zeugung der leitenden Staatsmänner der verbündeten
Mächte ausgesprochen. (Beifall.) Ich habe das wollte Ver-
ständnis für den leidenschaftlichen Anteil des Volkes an den
Kriegszielen und Friedensbedingungen. Ich werde
voll auf den Ruf nach Klarheit, der heißen vor-
rechts und links an mich gerichtet worden ist. Aber bei der
Erörterung von Kriegszielefragen ist für mein Verhalten
allein die Rücksicht die baldige und logische die öffentliche
Bewertung des Krieges. Gebietet mir die Gesamtlage, wie
es jetzt der Fall ist, Schweigen, so werde ich mich
und mich durch kein Drängen von meinem
Wege abbringen lassen. (Beifall und Hände-
klatschen.) Ich werde mich auch davor nicht abbringen lassen
das Wort, das der Herr Abg. Scheidemann in dem
Satz hinausgeschleudert zu haben geglaubt hat, in dem Augen-
blick, wo unsere Kämpfer draußen im Trümmelfeld stehen,
das Wort von der Revolution.

Das Volk wird für dieses Wort kein Ver-
ständnis haben.

(Beifall.) Ich werde mich davon auch nicht abbringen
lassen durch die Behauptung des Herrn Abg. Koefoed, daß
ich mich in dem Sinne der Sozialdemokratie befinde.

Ich befinde mich im Sinne meiner Partei.
(Stürmischer Beifall.) Wenn ich mich in einem Sinne be-
finde, so ist es der Sinn des deutschen Volkes,
und es ist in dem Sinne, das ich, meines Volkes, für
das seine Ehre in unerschütterlicher Tapferkeit kämpfen, ist

Oesterreichisch-ungarischer Heeresbericht.

WTB. Wien 15. Mai 1917. Amtlich wird verlautbart:
Ostlicher und südöstlicher Kriegsschauplatz.
Nichts zu berichten.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Nach dreitägiger Artillerievorbereitung, bei der der
Söldner bis zum Meer hinab seine gesamten Ge-
schützmassen und Minenwerfer wirkten ließ, letzte gestern der
von den Bundesgenossen immer wieder geforderte Infanterie-
angriff gegen unsere Truppenarmee ein. Der Feind hümmte
auf mehr als 30 Kilometer Frontbreite an zahl-
reichen Stellen gegen unsere Stellungen an. Am heftigsten wurde
im Raume von Plava, auf dem Monte Sauto, auf den
Höhen östlich von Görz, im Gebiete des Faïti Hrib und bei
Sokanjewka gerungen. An vielen Punkten des
Schlachtfeldes brachen die tiefgelegerten Angriffsmassen
der Italiener schon unter unserem Geschütz- und Maschin-
engewehrfeuer zusammen, so auf dem Monte San Gabriele,
auf dem der Feind in Richtung, Gewehr und Helme
von sich werfend, in voller Auflösung zurück-
flüchtete. Wo die Italiener vorstießen, wurden sie von
unserer durch ihre Artilleriefeuer zu erschütternden Infanterie
empfangen und im Kampf von Mann gegen Mann gemorren.
Auf solche Art wurde auch auf dem Faïti Hrib
unserer verjüngten Gräben fünfmal den Feind
hinter, um schließlich von den Bereitwilligen feigrecht be-
handelt zu werden. An einzelnen Punkten wurde die Ver-
folgung des Gegners bis in seine Stellungen vorge-
tragen.

Unsere Truppen erlangen am 14. Mai in kraftvoller
Abwehr einen vollen Erfolg. Der Feind ließ über 1600
Mann und mehrere Maschinengewehre in un-
serer Hand. Die Schlacht dauert ohne Unterbrechung fort.
Unsere Krieger traten über dem Kampfbereich gegen zahl-
reiche italienische Flugzeuge ins Gefecht. Offiziersverluste.
Nur blieb am 11. Mai Sieger im Luftkampf. Zwei
feindliche Krieger wurden im Luftkampf abgeschossen, zwei
andere durch unser Artilleriefeuer heruntergeholt.
In Kärnten und Tirol geringe Gefechtsaktivität.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
v. Höfer, Feldmarschallleutnant.

Der amtliche deutsche Heeresbericht vom Abend.

WTB. Berlin 15. Mai, abends.
Am Nisener-Marne-Kanal und in der Champagne
lebhaftes Artilleriefeuer. An den übrigen Fronten im
Westen blieb es bei teilweise schlechter Sicht ruhiger.

Amtliche Meldung des Admiralstabes.

12 vernichtet.
WTB. Berlin, 15. Mai. (Amtlich.) Das Marine-
amtlich „22“ wird seit dem 14. Mai vernichtet. Nach amt-
licher englischer Meldung ist „22“ am 14. Mai vormittags
durch englische Seestreitkräfte in der Nordsee vernichtet
worden.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Letzte Depeschen.

Die Ausstände in England.

e. B. Rotterdam, 15. Mai. Der Zustand der
Maschinenarbeiter in England dauert fort. Die Vertreter
verschiedener Wandestelle werden zu einer Nationalkonferenz
in London zusammengetrieben, auf der die Lage besprochen
werden soll. Die Maschinenarbeiter in Derby beschließen,
die Arbeit wieder aufzunehmen in Erwartung darauf, daß
die Regierung ihre Forderungen unterlassen werde.

e. B. Amsterd., 15. Mai. In den Norddistrikten
Englands droht ein Ausstand von 200 000 Auktuarern,
falls die verlangte 20-prozentige Löhnerhöhung ver-
weigert werden sollte. Allgemein wird angenommen, daß
sich der Ausstand auch auf Wandarbeiter ausdehnen werde und
damit Tausende von Personen zur Arbeitslosigkeit kommen,
da auf alle Fälle einen Frieden herbei-
führen wollen. Die Ereignisse in Rußland haben die
Meldung dazu wesentlich veranlaßt.
(Letzte Depeschen siehe auch Seite 4.)

gefährt um ihren Kaiser, dem sie vertrauen und der ihnen
vertraut.

Das Kaiserwort vom August 1914, es lebt
unverfälscht,
und das es lebt, wird der Abg. Koefoed, der sich als besondere
Stütze dieses Wortes zu fühlen scheint, aus der Dekret-
schaft entnommen haben. (Beifall.) Ich habe das Ver-
trauen, daß sich die Mehrheit des Reichstages
einer solchen Auffassung nicht verschließen
und sie auch draußen im Volk Verständnis finden wird.
(Beifall.)

Seit einem Monat toben die unerhörtlichsten
Schlachten an der Westfront. Das ganze Volk lebt
mit allen seinen Sinnen und Denken bei jedem Schreie
darauf, die in beispielloser Zähigkeit und Todes-Verach-
tung den immer erneuten Anstürmen der Engländer und
Franzosen trotzen. Und heute sehe ich bei unseren west-
lichen Gegnern noch nichts von Friedens-
bereitschaft, nichts von Freigabe ihrer anspruchsvollen
Eroberungs- und wirtschaftlichen Vernichtungsziele. Wer
sind denn die Regierungen gewesen, die frei im vorigen
Winter vor die Welt getreten sind, um diesem wohlwolligen
Völkertribunal ein Gebot zu machen? Haben sie in London und
Paris gehandelt? Die letzten Stimmen, die ich aus London
gehört habe, lauteten doch dahin: Die Kriegsziele,
die wir vor zwei Jahren verkündet haben,
leben unverändert fort. Der Abg. Scheidemann
wird nicht glauben, daß ich dieser Stimmung mit einer schönen
Geste entgegenzutreten könnte. Glaubt denn bei dieser Ver-
sagung unserer westlichen Feinde jemand, durch ein Pro-
gramm des Verzichts und der Entsaugung
viele Feinde geradezu zum Frieden zwingen zu können? Und
darauf kommt es doch an!

Soll ich diesen unseren westlichen Feinden eine Versicherung
geben, die ihnen gestattet,

ohne jede Gefahr, ohne eigenen Verluste
den Krieg ins Unabsehbare zu verlängern?
Soll ich diesen Feinden sagen: Mag es kommen, wie es will?
Wir werden unter allen Umständen die Verantwortlichen sein,
wenn es auch kein Haar krümmt. Aber ich, die ich uns
ans Leben wolle, ihr mögt ohne jedes Risiko euer
Glück weiter versuchen. (Sehr gut.) Der soll ich
das deutsche Reich nach allen Richtungen hin einseitig auf
eine Formel festlegen, die doch nur einen Teil von der Ge-
samtheit der Kriegsbedingungen umfaßt, eine Politik, die
einseitig die von unseren Söhnen und Weibern mit ihrem
Blut erlangenen Erfolge preisgibt, und die alle überigen
Rechnungen in der Schwebe läßt? Nein, meine Herren,
eine solche Politik lehne ich ab.

(Beifall.) Ich werde sie nicht führen. Das wäre der
schändliche Abbruch gegen die Heldentaten unseres Volkes
draußen und dabei. Sie würde unser Volk bis zum ge-
ringsten Arbeiter in seinen Lebensbedingungen dauernd
herabdrücken. Sie wäre gleichbedeutend mit einer Preis-
gabe der Zukunft unseres Vaterlandes. Oder
soll ich umgekehrt ein Eroberungsprogramm auf-
stellen? Auch das lehne ich ab. (Zurück rechts: Das
verlangen wir ja nicht. Große Unruhe, Gloride des Präsi-
denten.) Wenn es nicht verlangt worden ist, sind wir ja
einer Ansicht.

Auch ein Eroberungsprogramm aufzustellen,
leuchtig ab.

Nicht um Eroberungen zu machen,
sind wir in diesen Krieg gezogen, und stehen wir jetzt im
Kampf fast gegen die ganze Welt, sondern ausschließlich,
um unser Dasein zu sichern und die Zukunft
der Nation fest zu gründen.

Ebenjenseitig wie ein Verzichtprogramm hilft ein Eroberungs-
programm den Sieg gewinnen und den Krieg beenden.
Im Gegenteil, ich würde damit das Spiel der feind-
lichen Mächte haben spielen. Ich würde es ihnen
erleichtern, ihre Kriegsmassen über die Westfront zu betreiben
und den Krieg ins Unabsehbare zu verlängern. Und, meine
Herren, auch das wäre ein schändlicher Abbruch gegen
unsere Kämpfer bei Arras und an der Aisne.

Was unseren alligen Nachbarn, was Ruß-
land anlangt,
so habe ich bereits neulich darüber gesprochen. Es scheint,
als ob das neue Rußland für sich gewaltige Eroberungs-
pläne abzieht. Das Rußland im gleichen Sinne

Deutscher Reichstag.

Berlin, 15. Mai.

Am **Samstag**: Dr. Helfferich, Dr. Solff, Graf v. Helldorf, Kriegsminister v. Stein, Staatssekretär Bisca.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 20 Min.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst kurze Anfragen.

Abg. Bogner (Unabh. Soz.) fragt nach dem Verbot von Frauenvereinigungen in Steffin und in Cassel.

Oberst v. Weisberg: Ueberhaupt sind die Frauenvereinigungen in Steffin nicht verboten worden. Vor vom 5.-12. April sind die Vereinigungen verboten worden, die auf Grund anstehender Klugfächer einberufen worden waren und den Beschlüssen gefährdeten. Der Reichsanwalt ist mit dem Vorgehen des Heereskommandierenden Generals einverstanden. (Beifall rechts.)

Abg. Bogner (Unabh. Soz.): Ist dem Reichsanwalt bekannt, daß dieses Klugfächer die Jenua palkest hat?

Präsident Dr. Kaempf: Dies ist eine neue Anfrage. (Unabh.)

Abg. Müller (Mitd-Soz.) wiederholt seine Frage wegen Verhaftung polnischer Sozialisten.

Ministerialdirektor Dr. Semad: Nur der Fall des Rechtsanwalts Koniß ist uns bekannt. Dieser hat planmäßig alle Maßnahmen der deutschen Verwaltung zu durchzuführen gesucht. Ueber die übrigen Fälle sind Klagen erhalten. Die Antwort steht noch aus.

Abg. Böhm (Soz.) wünscht Verwendung der bei Beendigung des Krieges frei werdenden Räume für den Wohnungsbau und Erhaltungsbau unter Ausschaltung des spekulativen Zwischenhandels.

Oberst v. Weisberg: Diefem Wunsch wird nach Möglichkeit entgegen zu werden.

Abg. Wandert (Soz.) fragt nach der Beurlaubung von militärischen Landtagsabgeordneten zur Erfüllung ihrer parlamentarischen Pflichten.

Oberst v. Weisberg: Soweit die militärische Lage es zuläßt, wird Urlaub in weitestgehender Weise zu parlamentarischen Zwecken gewährt.

Abg. Stosch (Fr. Vp.) wünscht Vereinfachung bei der Einlage von Textilarbeiten.

Ministerialdirektor Müller: Die Frage wird geprüft werden.

Es folgt die erste Lesung eines Nachtragsetats zur Bewilligung von 1.200.000 Mark zur Vorarbeiten eines Planes zum Ausbau der Kaiserstraßen.

Die Vorlage wird in allen drei Lesungen ohne Aussprache angenommen.

Es folgen

Die Kriegszielinterpellationen.

Abg. Dr. Koenig (konf.): Während Ströme von Mut draußen fließen, hat die sozialdemokratische Partei einen Einfluß gefaßt, der weite Volksmassen beunruhigt, da er einen Frieden will ohne jene Anzessionen und ohne Entschädigung. (Der Reichsanwalt tritt den Gaul.) Die Wünsche der sozialdemokratischen Partei sind in weitestgehendem Maße berücksichtigt worden. Sie genießen eine Bevorzugung vor anderen Parteien. Die Sozialdemokraten anderer Länder treiben dagegen chauvinistische Politik. Der Abg. Scheidemann hat in Breslau erklärt, daß er bestimmt annehmen könne, daß der Reichsanwalt den Aufforderungen und Wünschen der Sozialdemokratie zustimme. Wir stehen ebenfalls vor einer vollkommenen Unklarheit. Ein Kommentar ist notwendig.

In Selbstkritik hat Abg. Scheidemann ausgeführt: „Wenn die Franzosen wollen, einen wie günstigen Frieden sie erreichen könnten, sie würden zugreifen. Was geschieht dagegen? Unser Friedensangebot hat schände Ablehnung erfahren. In der offiziellen Presse sind weiter nur Wünsche aufschwügender Natur erschienen. Ein Bericht erzeugt auf der anderen Seite immer stärkere Forderungen zu unseren Ungunsten. Eine Klärung ist auch durch die Versicherungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ nicht eingetreten. Es herrscht völlige Unklarheit und das ist in a h a l t b a r. Der Beschluß der sozialdemokratischen Partei ist verhängnisvoll. Er ist nicht national, vielmehr, wenn auch nicht antinational — so doch international. Wer von uns wünscht nicht einen baldigen Frieden (Zurufe links: Stel rechts: Hui!). Sie verlängern den Krieg, deshalb können wir ihre Politik nicht mitmachen. Mit Hohn und Spott werden Ihre Angebote zurückgewiesen. Von Amerika kommt die Forderung: Keinen Frieden mit den Hohenzollern! Das ist eine Buntmalerei. Sie wollen, daß wir die untere feile Lüge „Das Teufel“ aufgeben. Das setzen der Deutschen führt der monarchische Gedanke zu tief. Der Abg. Scheidemann sagt: Ein Narr, wer noch an einen Sieg glaubt!

Ich bin ein solcher Narr, ich glaube an den Sieg. (Lebhafter Beifall.) Es scheint, als ob die Regierung nicht von dem feinen Kriegswillen durchdrungen ist. Wer will einen Eroberungskrieg? Keiner von uns. Wir führen einen Verteidigungskrieg. Wir wollen unsere Zukunft sichern. Wie geht das ohne Wiederverweigerung? Den Vorteil davon haben bei uns in erster Linie die Arbeiter, bei dem Feinde das englisch-amerikanische Kapital. Glauben Sie denn nicht, daß uns ein Feind, der nicht am Boden liegt, jeden Handelsvertrag aufzwingt und jede Kriegserklärung aufzwingt? Gollen die Opfer umsonst gebracht sein? Unsere Feinde haben es immer wieder ausgedrückt, daß sie unsere Verzichtnahme wollen. Es wäre eine furchtbare Sache, wenn der Kaiser mit dem leeren Beutel des Verzichts zu den Verhandlungen gehen würde, während die Feinde ihre Pläne vorlegen. Alle Waffen und Kräfte des Volkes sind angepannt, da darf Vertrauen nicht durch Resignation gelähmt, sondern muß durch Stärke gestärkt werden. Auch auf die Kämpfer draußen wirkt es. Wir fordern die Wahrung von internationalen Verhältnissen.

Ordnungsgang für den Abg. Dr. Koenig.

Präsident Dr. Kaempf: Ich weise die Äußerungen des Abg. Dr. Koenig als gegen die Ordnung des Hauses verstoßend zurück, da es scheint, als wenn der Reichsanwalt das Kaiserwort: Ich lehne keine Parteien mehr! außer Kurs gesetzt habe. Daß der Parteigeselle bei der Obersten Vereinstellung vorhanden sei, daß es aber scheint, als wenn die Reichsteilung diesen Gesetzentwurf nicht habe.

Abg. Scheidemann (Soz.): Nach der Rede des Abg. Koenig muß es für einen Reichsanwalt, der die Forderungen nicht ein kleines sein, ihn und seine Freunde abzuschaffen. Auch wir fordern: Heraus aus jeder Unklarheit. Wir

sind Gegner jeder Eroberungspolitik, während Sie (nach rechts) die geborenen Weltbürger sind. Sie wollen immer noch Hunderttausende zur Schlachtbank führen entgegen dem Verlangen des Volkes.

Solche Reden wie die heutige rufen Unruhe an. (Zuruf rechts: Hui!) Das Ziel der Bergewaltung anderer Völker werden Sie nicht erreichen.

Sie wollen Sieg, Triumph und Beute.

Die alldeutsche Eroberungspolitik will Macht, Macht, Land und Kolonien, dadurch kommen wir in den Verdacht, ein K a u b e r d i e zu sein. Der Abg. Dr. Koenig führt das Wort: Kein Friede mit den Hohenzollern. Durch die Einbeziehung der Person des Kaisers in die Debatte wird nur erreicht, daß der Kaiser für den Ausbruch dieses Krieges verantwortlich gemacht wird. Wie lange mühte der Blutschmerz noch fließen, wenn Sie Ihr Ziel erreichen wollten. Für die Verteidigung unseres Landes wird und muß das Volk eintreten. Von dem Eroberungskrieg soll das Volk aber nichts wissen.

Wir verzichten auf die Eroberung fremden Landes, aber nicht auf die Freiheit des Volkes.

Die Sozialisten werden die ersten sein, die sich wieder die Hände reichen. Sie sind daher auch geneigt, die Vorarbeiten zu übernehmen. Mögen die Arbeiter in Großstädten ein glückliches Ende finden. Käse herein würden nicht verwertet werden. Ein Friede, wie ihn Dr. Koenig will, wäre nicht vom Bestand. Wir wollen einen für alle ehrenvollen Frieden, Würden die Interpellationen im Sinne der Rechte beantwortet werden, so mühten wir erwidern, daß wir seit drei Jahren getötet worden sind mit den Worten: Uns treibt nicht Eroberungslust, uns hält der Wille zum Leben, die Anschläge auf deutsches Land und Blut abzuweisen. Uns trennt die Meinungsverschiedenheit im Innern über Kriegsziele. Fällt die Kammer, so bleibt der Keil.

Dann fallen wir auseinander. Dann haben wir Revolution. (Wandernde Ärm, Rufe rechts: Wir fürchten Sie nicht.) Dauerns Unruhe: Präsident Dr. Kaempf: Mit der Resolution zu drohen, widerspricht der Ordnung des Hauses. Ich rufe Sie zur Ordnung. Die Zurückweisung von Grenzesteuern kann natürlich nur aus gegenseitigem Verständnis erfolgen. Das ist aber keine Annexion, sondern eine Grenzregulierung. Wir wollen nicht verweigern, wir wollen verständigen. Es lebe der Frieden, es lebe das freie Europa. (Beifall und Händelassen bei den Soz.)

Reichsanwalt v. Bethmann Hollweg ergreift das Wort. (Die Rede des Kanzlers geben wir auf der ersten Seite wieder. Die Red.)

Auf Antrag des Abg. Ebert (Soz.) findet

Beiprägung

beider Interpellationen statt.

Abg. Dr. Spahn (Ztr.) gibt namens des Zentrums, der Fortschrittlichen Volkspartei, der Nationalliberalen und der Sozialisten der Deutschen Fraktion folgende Erklärung ab:

Wir sind in der Anschauung einig, daß zurecht im Reichslande des Deutschen Reiches den Interessen unserer Vaterlandes nicht dienlich sind. (Sehr richtig.) Die Sehnsucht des deutschen Volkes ist auf einen Frieden gerichtet, der dem Deutschen Reich sein Dasein, seine politische und wirtschaftliche Stellung, seine Entwicklungsfreiheit sichert und die von England verführte Währungsreform vom Weltmarkt dauernd verbindet. Auf das Vertrauen des deutschen Volkes kann nur eine Regierung rechnen, die diese Friedensziele weilt. Wenn der Reichsanwalt es jetzt ablehnt, Einzelheiten seiner Kriegsziele den Feinden preiszugeben, so läßt er zu. Das Erhaben unserer Feinde, den Hohenzollern, zu führen, hat die Person des Kaisers allen Herzen aller Deutschen nur noch näher gebracht. Jedes Eingreifen in die inneren Verhältnisse Deutschlands weist es entschlossen zurück. Ebenso liegt uns der Gedanke fern, in die inneren Verhältnisse Russlands eingzugreifen. Wir begrüßen es, wenn unsere Reichsteilung bereit ist, jederzeit mit Rußland über einen dauernden Frieden zu verhandeln, der es ermöglicht, zu einem guten Nachbarverhältnis zu kommen. Mit Entschlossenheit ist das deutsche Volk in den ihm aufgeworfenen Krieg eingetreten zum Schutze unserer politischen, religiösen, kulturellen und wirtschaftlichen Werte. Der Geist der Hohenzollern gewährt uns die weitere Fortentwicklung unserer nationalen Lebens durch vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen Kaiser und Volk. Die Jurisdiktion für den Reichsanwalt heute geboten. Mehr als je muß in dieser Stunde unser Lösungswort Zusammen-schluß sein, nicht Spaltung.

Präsident Dr. Kaempf stellt die Entschlüsse Reichsanwalt und Staatssekretär des Auswärtigen Amtes mit zur Debatte.

Abg. Vedeboer (unabh. Soz.): Wir wüßten, daß der Reichsanwalt wieder über die Situation hinwegzuarbeiten würde. Er wird dabei ja auch durch die Mittelparteien gefördert. Mit seinen Friedenszielen steht der Kanzler zusammen mit der Obersten Vereinstellung, ist also für Annexion. Jetzt besteht mehr Friedensmöglichkeit als vor der Revolution.

Es sollte ein Friedensangebot ohne Annexionen, Entschädigungen und ohne Demütigungen gemacht werden.

Scheidemann bekennt sich heute zu unseren alten Kriegsziel-forderungen, die uns trennen. In seiner Unrichtigkeit zweifeln wir. Der Friede der Annexionisten ist nur ein bewaffneter Friede bis zum 2. August des Krieges. Wir sind gegen jede Unterdrückung und Ausbeutung in der inneren und äußeren Politik. Es ist ein Wiederrückbruch, wenn die Bevölkerung der besetzten Gebiete weggeführt und zu Arbeiten in den Munitionsfabriken gezwungen wird. Wir allein treten für einen wirklichen Frieden ein. Wenn nicht Reformen eingeleitet werden, wird es in Deutschland so gehen wie in Rußland. Wir verlangen von der Regierung eine klare Erklärung, was an dem Gerücht ist, daß die Hohenzollern und Wittelsbacher Erbprinzen unter die beiden Donatien aufteilen wollen. Die richtige Antwort auf solches Vorhaben würde die Erklärung Deutschlands zur Republik sein. Der Verfassungsausschuß muß die Vorarbeiten bei in Hand nehmen.

Abg. Dr. Dard (Soz.): Wollt Klarheit hat der Reichsanwalt nicht gebracht. Bittervoll war, daß er

kein Annexionsprogramm

aufgestellt hat. Er hat aber auch unser Programm nicht abgelehnt. Von großem Wert ist uns seine volle Uebereinstimmung mit Österreich-Ungarn in dessen Haltung zur russischen Frage. Ich bedaure, daß auch nicht nach dem Befehl eine Vereinstellung zum Frieden ohne Annexion ausgesprochen worden ist.

Der Gedanke an einen russischen Sonderfrieden ist nur bei der russischen Hindernisse vorhanden.

Würden die Feinde so niederzulegen, daß man ihnen jeden Frieden aufzwingen kann, so wäre uns der Haß der jungen Welt sicher. Ein Friede, der die Interessen Deutschlands wagt, ist nur auf dem von uns gemieteten Wege erreichbar. Die Politik der Feinde vertritt das Ausstarren und die Stimmung. Sie fordert für die Landwirtschaft immer höhere Preise und droht mit passiver Resistenz der Bauern. Ein freies Landrecht ist nötig.

Scheidemann ist nicht verstanden worden.

Er hat nicht mit der Katastrophe gebrocht, sondern einen Fall bargelicht, den wir nicht wünschen. Wir wollen dem Volke den Weg frei machen zu einer höheren Kulturstufe, zur persönlichen Freiheit.

Abg. Grübe (konf.): Die Antwort des Reichsanwalters brachte

keine Klarheit.

Der Erfolg unserer Interpellationen ist, daß die Mittelparteien von Scheidemann abgerückt sind, und daß sich der Kanzler Scheidemanns Äußerungen etwas mehr ablehnend gegenübergestellt hat. Eine gewisse Beruhigung kann nur durch das Wort hervorgebracht werden, daß der Obersten Vereinstellung völlig überstimmt. Sollenhaft gilt das für die Dauer. Unsere Forderung, die eroberten Gebiete zu behalten, soweit sie für unsere Sicherheit nötig sind, bedeutet keine Eroberungspolitik, sondern die natürliche Folge eines freigelegten Feldzuges.

Damit schließt die Aussprache.

Gleichzeitig ist der Etat des Reichsanwalters erledigt, so weit es sich um auswärtige Fragen handelt.

Es folgt die

Beiprägung der inneren Politik.

Ein Antrag, die elaf-lostkringlichen Fragen von der Beiprägung auszuschließen, wird nach längerer Erörterung angenommen.

Abg. Neumann (Fr. Vp.): Die Masse muß mitarbeiten am Staat. Die demokratischen Kräfte müssen nicht nur kritisieren, sondern verantwortlich mitarbeiten. Die wahren Staatsarbeiter sind die Soldaten in den vorberstehenden Schützengräben ohne Unterschied. Die Umwidmung darf nicht zu lange dauern. Der Kampf im Innern ist

kein Kampf zwischen Kaiser und Volk, sondern zwischen Bureaucratentum und Volkstum.

Die Einzelheiten werden sich unter Führung ihrer Krone neu aufbauen.

Abg. Dr. Weisap (konf.): Während des Wollerringens ist es nicht unsere dringende Aufgabe, unsere eigenen Verhältnisse auf eine neue Grundlage zu stellen. Die Kräfte, die hinter uns stehen, werden in Erfüllung ihrer patriotischen Pflicht nicht verfallen, was man auch über uns erwidern möchte. Die Wünsche rücksichtslos zur Tagesordnung übergeben. Die Gegenpartei beantwortet jedes Entgegenkommen der Regierung mit weiteren Forderungen. Warum die enorme Eile mit der Verfassungsänderung? Die Rechte des Kaisers, des Königs und der Bundesfürsten sollen tatsächlich eingeeignet werden. Die neue Richtung will aus dem Parlament den entscheidenden Faktor machen.

Abg. Vandsberg (Soz.): In parlamentarisch regierten Ländern werden hervortragende Parteipolitiker Minister. Die Rechte ist Anhänger des Parlamentarismus, wenn es ihr paßt. Bei der Wahlreform im Abgeordnetenhaus z. B. bezeichnet sie die Abgeordneten als Mitarbeiter von Ministern mit förmlicher Genehmigung. Diesen Aufwand wollen wir beschränken.

Morgen 10 Uhr: Weiterberatung. Außerdem Beamtenfragen.

Deutsches Reich.

Die Beratungen des Verfassungsausschusses in Reichstag.

T. U. Berlin, 15. Mai. Der Verfassungsausschuß des Reichstages wird drei Tage vor der Wiederaufnahme der Plenarsitzungen des Reichstages seine Beratungen wieder beginnen. Inzwischen sollen vorerst nur die beiden schriftlichen Berichte des Zentrumsabgeordneten Gröber und des Fortschrittlers Dr. Müller-Bräunigen entgegengenommen werden. Von den Erklärungen der Regierung zu den Beschlüssen wird es abhängen, ob der Ausschuß nach einer zweiten Sitzung seine Beschlüsse dem Plenum des Reichstages zur Beratung übermitteln werden. Getrennt davon wird der Ausschuß dann die Wahlrechtsfrage in der einzelnen Bundesstaaten, nur allem in Preußen und Mecklenburg behandeln.

Der Reichstagsausschuß für Wohnungsfragen.

hatte in seiner letzten Sitzung eine Resolution auf Errichtung einer besonderen Stelle im Reichstag des Innern für die Wohnungsfrage angenommen. Inzwischen hatte aber die Zentrumspartei Bedenken hervorgebracht, und der Ausschuß änderte am Sonnabend vormittag seine Entscheidung dahin ab, daß nur die Errichtung von Einrichtungen im Reichstag des Innern verlangt wird, die namentlich das Kleinwohnungs- und Siedlungswesen betreffen sollen.

Halle und Umgebung.

Halle, den 16. Mai 1917.

Rufus über Fragen der Ernährung.

Der Beginn ist auf den 23. Mai morgens 11 Uhr festgesetzt. Der Rufus wird im Auditorium maximum der Universität abgehalten. Anmeldungen werden bis zum 22. Mai im Biologischen Institut der Universität in Magdeburg, 23. St., entgegengenommen. Sie sind schriftlich unter Beifügung eines freigezeichneten Briefumschlages einzubringen. Ferner können am 23. Mai nach Eintragungen vor dem Vortragsaal entgegengenommen werden.

Es ist wünschenswert, daß der vollständig unentgeltliche Rufus, der in gemeinverständlicher Weise die ganzen Fragen der Ernährung und des Stoffwechsels zur Darlegung bringen wird, von möglichst vielen Persönlichkeiten besucht wird, die ihrerseits wieder weiter auf die Umgebung einwirken können. Wie jetzt sind über 150 Anmeldungen aus der ganzen Provinz Sachsen und darüber hinaus eingegangen. Es können noch einmal 100 Teilnehmer angenommen werden. Der Rufus wird voraussichtlich nicht mehr wiederholt werden.

G. U d e r s h a e d e n.

